

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/154

29. August 1975

Ein mutiger Eingriff

Skeptiker und Schwarzseher wurden überrascht

Seite 1 / 40 Zeilen

CDU-Wirtschaftspolitik im Mittelmaß

Ein Porträt des "Wirtschaftsprechers" Gerhard Stoltenberg

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag und Oppositionsführer

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Den Rechtsradikalen das Handwerk legen !

Skandal von Bensheim ist eine ernsthafte Warnung

Von Manfred Coppik MdB

Stellv. Mitglied des Bundestags-Rechtsausschusses und Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd

Seite 4 / 16 Zeilen

Streuß plamiert sich selbst

CDU-Vorsitzender bestätigte seine Sonthofener Krisenrede

Seite 4 / 17 Zeilen

Die Sintflut ist wiederholbar

Von den Schrecken eines möglichen Umweltkrieges

Seite 5 und 6 / 55 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 126 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 30
Telex: 00 88 945 - 46 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6811

Ein mutiger Eingriff

Skeptiker und Schwarzseher wurden überrascht

Was an der ersten Phase der Bemühungen um die Sanierung der Staatsfinanzen überrascht, ist die Tatsache, daß Schwarzmalerei und Skeptiker total daneben spekuliert haben. Kürzungen von fast acht Milliarden DM im nächsten Jahr, die sich in den darauffolgenden Jahren erklecklich ausweiten werden, können sich sehen lassen. Und der Rückgriff auf Steuererhöhungen, von vielen - besonders vom Bundesfinanzminister schon seit langem als unvermeidlich angesehen und auch öffentlich angekündigt - ist nicht allein als ein Zeichen des politischen Mutes und politischer Zuversicht zu werten. Die Regierung muß auch davon überzeugt sein, daß sie die höhere Steuerbelastung und die Mehrbelastung aus dem steigenden Beitrag zur Arbeitslosenversicherung den Verbrauchern und der Wirtschaft zumuten kann. Mehrbelastungen aber mutet man einer Wirtschaft insgesamt nur dann zu, wenn man überzeugt ist, daß diese Belastungen auch verkraftet werden können: in einer soliden Konjunkturbelebung.

Den Bürgern im Land ist seit Freitag nicht nur der Ernst der Lage klar. Gerade weil in den Vortagen manche Gegner der sozialliberalen Regierung den Bundeskanzler vom "Macher" zum "Zauderer" abrutschen ließen, ist nun angesichts der Beschlüsse unmetritig klar, wie entschlossen die Bundesregierung ist, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen und dabei die notwendigen Beiträge so zu verteilen, daß sie getragen werden können. Es bleibt abzuwarten, wie die erst einmal total verunsicherte Fronde der Kritiker nun reagiert, wo das Doppelte von dem gespärt wird, was sie als "lächerlich" abqualifiziert hatten, und wo eine Regierung allen Unkenrufen zum Trotz den Mut hat, 13 Monate vor einer entscheidenden Wahl anzukündigen, daß vier Monate nach dieser Wahl die Steuern erhöht werden. Dies kann natürlich auch als übersteigertes Selbstbewußtsein mißverstanden werden. Nur paßt dann in einen solchen Vorwurf nicht noch der Zusatz, die Mehrwertsteuererhöhung sei konjunkturell deplaciert. Schließlich ist es auch kein Argument, das ernstgenommen zu werden verdient, daß die mit dem steigenden Arbeitslosenversicherungsbeitrag verbundene zusätzliche Belastung der Wirtschaft unzumutbar sei. Wenn, wie angekündigt und gefordert wurde, alle Gruppen der Bevölkerung einen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten sollten, dann durften auch die Unternehmen nicht ausgespart werden.

Insgesamt ist es ein in sich ausgewogenes Maßnahmenbündel, das zu beschließen die Bundesregierung im Grunde gar keine andere Wahl hatte. Schließlich war sie in den Tagen, wo diese Entscheidungen getroffen werden mußte, mit den Tatsachen konfrontiert, sowohl mehr Geld zur Konjunkturbelebung ausgeben zu müssen als auch die Ursachen des Wildwuchses bei den Staatsausgaben zu beseitigen. Bei solch vertrackter Situation ist das Ergebnis der Kabinettsberatungen mehr als nur das Ohnehin zu Erreichende.

Theodor Tremmes
(-/29.8.1975/ks/ee/hh)

+ + +

Den Rechteradikalen das Handwerk legen !

Skandal von Bensheim ist eine ernsthafte Warnung

Von Manfred Coppik MdB

Stellv. Mitglied des Bundestags-Rechtausschusses und
Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd

Die Vorgänge von Bensheim dürfen sich nicht wiederholen. Es ist ungenauerlich, daß vor einem bundesdeutschen Gericht ungerügt faschistische Hetzparolen verbreitet werden durften, und daß der rechteradikale Anwalt Roeder sich von Gesinnungsgenossen unter "Deutschland erwache!"-Rufen öffentlich feiern lassen konnte. Ein demokratischer Rechtsstaat kann es sich nicht leisten, daß Parolen und Aktionen nationalsozialistischer Herkunft dreist publiziert werden. Gerade die Bundesrepublik Deutschland kann die kriminellen Aktionen und Beleidigungen Roeders gegen den Nürnberger Ankläger Robert Kampnar und jetzt gegen den Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, Simon Wiesenthal, nicht hinnehmen. Wir haben aus der Geschichte gelernt, wo diese Anfänge hinführen können. Die spektakulären Ereignisse vor dem Bensheimer Gericht zeigen, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus nicht unterschätzt werden darf. Das juristische Vorgehen im Nachhinein reicht nicht aus. Vielmehr sind durch stärkere Beobachtung der neofaschistischen Gruppen ähnliche Vorfälle von vornherein zu verhindern. Den Rechteradikalen muß das Handwerk gelegt werden. (-/29.8.1975/ka/ee/hh)

+ + +

Strauß blamiert sich selbst

CSU-Vorsitzender bestätigte seine Sonthofener Krisenrede

Die deutsche Öffentlichkeit hat - beansprucht durch die Meldungen und Informationen über die finanz- und staatspolitischen Entscheidungen des Bundeskabinetts - bisher kaum zur Kenntnis genommen, daß sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in ein paar Nebensätzen endlich offen zu seiner "Sonthofener Rede" und der darin enthaltenen Krisenstrategie bekannt hat, die vor einigen Wochen weltweites Aufsehen erregt hatte. Der SPD, die damals dafür Sorge getragen hatte, daß der Protokolltext dieser Strategierede unverzüglich bekanntgemacht wurde, hatten Strauß und die CSU vorgeworfen, daß sie mit einem unautorisierten Papier arbeite, wobei unterschwellig angestrebt wurde, der SPD sogar Fälschung vorzuwerfen. Jetzt ist es durch Strauß selbst endgültig klargestellt worden: Die Sonthofener Krisen- und Untergangstrategierede des CSU-Vorsitzenden existiert wirklich und der damals verbreitete Text ist korrekt wiedergegeben worden. Die deutsche Öffentlichkeit hat zur Kenntnis zu nehmen, daß sie von Strauß und der CSU bewußt dupliert und hinter das Licht geführt werden sollte. Die deutsche Öffentlichkeit wird sehr gut daran tun, wenn sie Strauß und die CSU auch künftig an diesem Tatbestand mißt. (ee/29.8.1975/ka/ee/hh)

+ + +

Die Sintflut ist wiederholbar

Von den Schrecken eines möglichen Umweltkrieges

Zwei Wochen lang haben sich am Rande der Genfer Abrüstungskonferenz Fachleute aus den USA und der Sowjetunion über die Gefahren einer Umweltkriegführung unterhalten, die nach den Erkenntnissen der Naturwissenschaftler, zumindest theoretisch, machbar ist. Sowohl die Wissenschaftler aus der USA als auch die aus der Sowjetunion haben in Genf einem in Furcht und Schrecken erstarrendem Auditorium dargelegt, was dabei möglich sein könnte. Sie haben auch keinen Zweifel daran gelassen, daß einige dieser Formeln schon Produktionsreife erlangt haben.

Jede der beiden Seiten gebrauchte bei der Darstellung des unvorstellbaren Möglichen die Formulierung, daß es dazu nicht kommen dürfe, daß also der Umweltkrieg geächtet werden müsse. In dieser Formel hatten sich die beiden Supermächte bereits vor Beginn der Konferenz über Gefahren des Umweltkrieges getroffen. Nunmehr liegt der Text für ein Abkommen vor, mit dem die Herstellung und die Anwendung derartiger Massenvernichtungsmittel ausgeschlossen werden soll.

Was in den Arsenalen einer Zukunftskriegführung bereitgehalten wird, war bereits während des Krieges in Vietnam zu erkennen, als die amerikanischen Streitkräfte die Dachungelbäume entlaubten, um dem Vietkong die natürliche Deckung zu nehmen. An anderen Stellen wurden Reisfelder unfruchtbar gemacht. Beide Maßnahmen waren, wie wir inzwischen wissen, nicht so erfolgreich; jedenfalls nicht für die unmittelbare Kriegführung. Aber die Bäume sind in weiten Wäldern Vietnams noch immer kahl, und niemand weiß, wann sie wieder Blätter bekommen und wann die verseuchten Reisfelder wieder fruchtbar werden. Über die Spätfolgen derartiger Kampfmittel hatte man offenbar ebenso wenig nachgedacht wie vor dem Abwurf der beiden ersten

Atombomben über Hiroshima und Nagasaki vor nunmehr 30 Jahren.

Man kann sich jetzt darüber streiten, ob die Maßnahmen der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam schon Umweltkriegführung waren oder noch der Einsatz von chemischen Kampfmitteln, der allerdings auch international geächtet ist. Aber was dort am Ho-Tschü-Minh-Pfad und im Mekong-Delta geschah, war im Vergleich zu den neuen Möglichkeiten nur ein Kinderspiel oder ein Laborversuch.

Unter Umweltkriegführung im Sinne des jetzt in Genf vorgelegten Vertrages werden weitaus größere Gefahren verstanden. Da gibt es Mittel, künstlich Erdbeben zu erzeugen, Trockenheiten hervorzurufen, deren Ausmaß das der Dürrekatastrophen in Zentralafrika weit überschreitet, da kann unerträgliche Hitze erzeugt werden, da kann das Klima beeinflusst, die Umwelt dem Menschen zum Feind gemacht werden, da ist es möglich, ganze Regionen zu vereisen oder zu überschwemmen. Die biblische Sintflut ist wiederholbar, wenn nur eine der Supermächte die entsprechenden technischen Voraussetzungen dafür finanzierte.

Noch ist es nicht soweit. Es wäre auch falsch, anzunehmen, Washington und Moskau hätten nun Laboratorien, in denen Frankenstein-gleiche Wissenschaftler nur über die Zerstörung der Menschen und ihrer Umwelt nachdenken. Weit gefehlt. Die Mehrzahl dieser gefährlichen Erkenntnisse ist Nebenprodukt friedlicher Forschung. Der Forschung zum Beispiel, wie man die Erde fruchtbarer und wie man Wüsten bewohnbarer machen kann. Schließlich sind viele Dinge, die wir heute als Erleichterungen und Hilfen im Alltagsleben schätzen - vom Transistorradio bis zur nichtklebenden Bratpfanne - auch einmal Nebenprodukte nicht ausschließlich friedensbestimmter Forschung gewesen.

Leider gibt es aber auch den umgekehrten Weg. Der Menschheit bleibt nur die Hoffnung, daß der unvorstellbare Schrecken eine Sicherheit dafür ist, daß das jetzt in Genf vorgelegte Abkommen nicht nur unterzeichnet, sondern auch respektiert wird.

Wolfgang Fechner
(-/29.8.1975/ks/ee/hh)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert